

Tony Blair und das VBS

Autor(en): **Küchler, Simon**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **87 (2012)**

Heft 11

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-717381>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Tony Blair und das VBS

Was hat denn der frühere englische Premierminister und Vater von New Labour mit dem VBS zu tun? – Sehr vieles im Bereich Reformen. Tony Blair war der erfolgreichste Labour-Chef und gewann drei Parlamentswahlen hintereinander. Er war beseelt, den englischen Staat in den Bereichen Verwaltung, Erziehungswesen und Gesundheitswesen zu reformieren.

SIMON KÜCHLER, EHEMALIGER KOMMANDANT GEBIRGSARMEEKORPS 3

Dabei sammelte er Erfahrungen, die jedem von Nutzen sind, der sich mit Reformen befasst. Ich fand sie in meiner Ferienlektüre, in Blairs Memoiren «Mein Weg», Verlag C. Bertelsmann, 1. Auflage 2010.

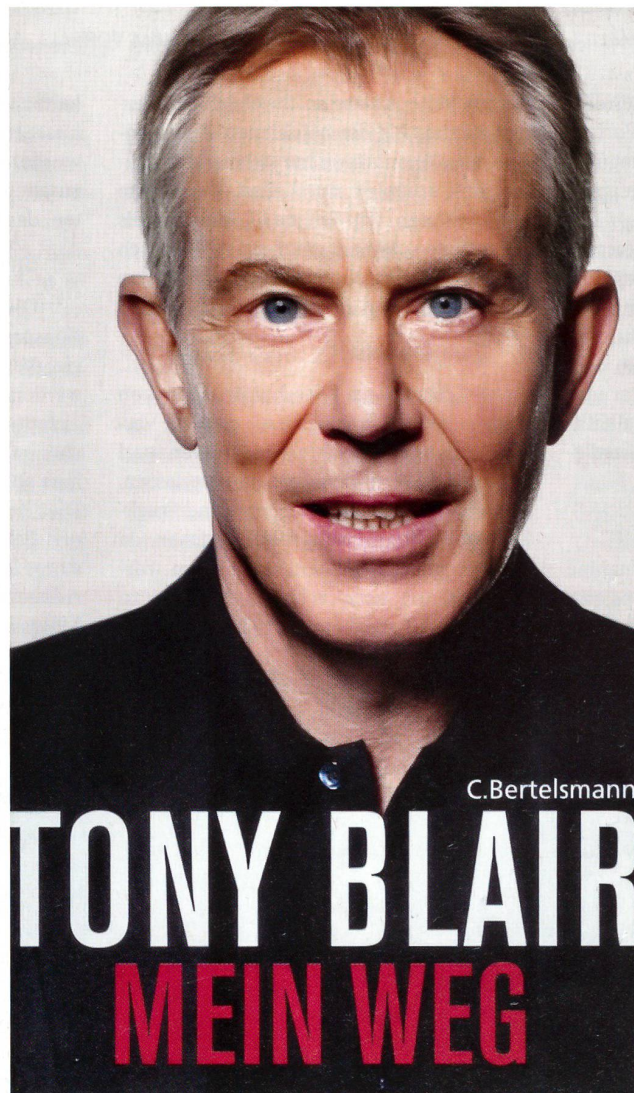
Anlass zur Analyse

Das VBS befasst sich bereits mit der nächsten Armee reform (WEA, Weiterentwicklung der Armee). Dabei sollte es vorerst die längst dringliche interne Verwaltungsreform vollziehen, denn die Fehlleistungen geschehen nicht in den WK der Miliz oder in den Ausbildungsdiensten des Heeres, sondern in der Verwaltung.

Zwei Beispiele: Hätte man die kantonale Kontrollführung beibehalten, müsste man heute kaum 10 000 Dienstbüchlein suchen. Oder: Einer der mutmasslichen Täter von Oensingen meldet sich bei Jahresbeginn für den Zivildienst. Man teilt ihn um und lässt ihm offenbar Ausrüstung und Dienstwaffe, mit der er Mitte Jahr einen Verwandten erschießt. Das sagt mehr als genug; da trägt auch eine schlampende Dienststelle Mitverantwortung. Aber wie soll man das VBS reformieren?

Beharrliche Verwaltung

Blair schreibt zu seinen Reformbemühungen auf den S. 290 ff.: «Ich stiess dabei auf das grösste Problem bei der Umsetzung von Reformen innerhalb einer Organisation. Ich nenne es, 'Die festen Gegebenheiten ändern' [...] Diese innerhalb eines Systems in Frage zu stellen, ist hart. [...] Ein ganzes Geflecht aus Traditionen, Gepflogenheiten und Interessen ist daraus



Die Memoiren von Tony Blair im Bertelsmann-Verlag.

entstanden; doch wenn man vorankommen will, darf es keine Tabus geben.» Das sagt der Reformer Blair. Und wo sind diese «festen Gegebenheiten» im VBS?

Fazit:

- Das heutige VBS ist bezogen auf die Armee grösser viel zu gross und vor al-

lem viel zu teuer. Verwaltung und Betriebskosten verschlingen bis zu 80% des Verteidigungsbudgets. Niemand hinterfragt diese Monstergrösse der Verwaltung, sondern man betrachtet sie offenbar als «feste Gegebenheit».

- Wegen der Beharrlichkeit der Verwaltung (= Blairs «feste Gegebenheiten») müsste eine Neuorganisation von einer externen Beraterfirma vorgenommen werden.

Individualinteressen

Blair stellt fest: «Als wir mit der Umgestaltung des öffentlichen Dienstes [...] begannen, mussten wir feststellen, dass es innerhalb des öffentlichen Dienstes [...] Gruppen gab, die einer Veränderung ablehnend gegenüberstanden und ihre eigenen Interessen unter dem Vorwand, sich für das öffentliche Wohl einzusetzen, skrupellos verteidigten» (S. 274).

So waren bei uns vor einem Jahrzehnt vermutlich viele im tiefsten Innern gegen die Armee reform XXI, aber der eigenen Karriere zuliebe wurde geschwiegen. Und das dürfte bei jeder weiteren Reform so bleiben. Oder noch härter und weitgehend auf das VBS zutreffend, schreibt Blair: «Ich gelangte mehr und mehr zu der Einsicht, dass die zentralisierten Systeme

als solche ein fundamentaler Teil des Problems waren, weil sie mit einer Entmachtung des [...] Führungspersonals und die Verweigerung von Wahlmöglichkeiten (= Beförderungsmöglichkeiten) für ihre Nutzer verbunden waren (S. 224).

Fazit:

- Es braucht für die neue Armee nicht die Riesenzahl von Generälen (54 HSO für 180 000 AdA gegenüber 82 HSO in der Armee 61 für 600 000 AdA).
- Um die Verantwortlichkeiten wieder zu dezentralisieren und den zentralen Apparat massiv abzubauen, sind wieder zwei Armeekorps zu bilden, welche die Interessen der Miliz gegenüber der Zentralverwaltung auch wirklich wahrnehmen. Das wäre ein echter Tatbeweis für die immer wieder proklamierte Hochschätzung der Miliz.
- Es ist klar, dass zu viele Eigeninteressen eine echte Reform (= Abbau) der Zentralverwaltung verhindern, wenn man diese Reform jenen überlässt, die sich selber wegrationalisieren müssten.

Nicht leistungsfähig

Blair schreibt dazu: «In riesigen Komitees kommen keine Entscheidungen zustande. Dort kann man debattieren und sich ein Bild von den verschiedenen Standpunkten machen, aber man kann mit grossen Gremien keinen Krieg, keine Organisation und kein Unternehmen führen» (S. 486).

Das VBS hat heute zu viele Abteilungen und Stäbe, oftmals mit unklaren Zuständigkeiten und Kompetenzabgrenzungen (siehe aus neuester Zeit: verschwundene Dienstbüchlein; unterlassener Waffenrückruf usw.).

Auf der einen Seite sind in Teilen der Verwaltung Unsicherheit und Passivität die Folge. Beweis für diese Feststellung sind die 3000 Beratermandate, die offenbar Klarheit schaffen sollten.

Solche Mandate waren zu unserer Zeit eher eine Ausnahme und bezogen sich auf Kernfragen wie Miliz, Neutralität usw. Demgegenüber gibt es auch Verwaltungsstellen, die – ohne irgendwelche Kommandobefugnisse – der Truppe direkt ihre Weisungen zukommen lassen und damit ihre Kompetenzen unrechtmässig überschreiten. Zu unserer Zeit undenkbar. Und wenn schon, dann nur auf dem Dienstweg. Damals waren die Kompetenzen und Zuständigkeiten noch klar.

Fazit:

- Die Zentralisierung und die sogenannte Professionalisierung sind gescheitert.

- Bevor die nächste Armee reform wiederum die Miliz in Unruhe versetzt, ist das VBS grundlegend zu reformieren.
- Auf einem maroden Fundament (VBS ohne grundlegende Reform) kann keine glaubwürdige Weiterentwicklung der Armee gelingen.

Folgerung

Warum ich mir diese harten Feststellungen und Forderungen erlaube? Ich war ein überzeugter Gegner der Armee reform XXI. Ich erkannte damals, dass damit die Miliz entmachtet und mit der Zentralisierung der Verwaltung ausgeliefert wurde. Man belächelte mich damals als einen, der die Zeichen der Zeit nicht erkannt hätte. Heute stellt selbst der frühere Generalstabschef KKdt Heinz Häslar öffentlich fest: «Die Armee XXI ist gescheitert.» Dazu mein letztes Fazit: Wer klug ist, lernt aus den Fehlern und scheitert nicht zweimal. 

Simon Küchler war der letzte Korpskommandant aus der Miliz (Kdt Geb AK 3 von 1993 bis 1999). Er war in den 80er-Jahren als Vizepräsident der SOG Mitglied des Rates für Gesamtverteidigung und damit ein vehementer und überzeugter Verfechter der Miliz.

Wir könnten eine Berufsarmee gar nicht bezahlen

Etwa in einem Jahr wird die Abstimmung stattfinden: Die GSoA, die «Gesellschaft Schweiz ohne Armee», fordert die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, jenes Prinzips also, auf dem die schweizerische Milizarmee beruht.

Würde sich die GSoA durchsetzen, müsste die Sicherheit des Landes – sofern daran überhaupt noch Interesse bestünde – durch eine Berufsarmee gewährleistet werden.

Mit der Milizarmee ruht die Verantwortung für die Sicherheit des Landes heute auf den Schultern sämtlicher Bürger unseres Landes. Gemäss GSoA-Forderung ginge die Verantwortung über an eine Profitruppe.

Der Preis einer Berufsarmee

Das Parlament hat der Armee einen jährlichen Kostenrahmen von fünf Milliarden bewilligt. Unter Missachtung dieses Entscheids beider Parlamentskammern hat der Bundesrat der Armee zunächst dreihundert Millionen wieder entzogen.

Jetzt verlangt er von ihr ein weiteres Sparopfer, dem Bundesrat Ueli Maurer nachkommen will, indem er auf die vom Bundesrat ebenfalls beschlossene Verdoppelung des Kosovo-Engagements der Ar-

mee verzichtet. Tatsache bleibt: Unterhält die Schweiz ein Berufsheer, wäre die heutige Heeresgrösse von 120 000 Mann Aktiven und 80 000 Reservisten (tatsächlich ist die Armee sogar noch etwas grösser) undenkbar.

Für eine entlohnte Berufsarmee mit 35 000 Mann würden jährlich allein Personalkosten von 3,5 Milliarden anfallen. Für Rüstung, für Unterhalt, für Verbrauchsmaterial verbliebe etwa eine Milliarde. Eine moderne, zeitgemäss ausgerüstete Armee würde damit für die Schweiz zu einem Traum, der sich von Jahr zu Jahr weiter verflüchtigen würde.

Die Berufsarmee müsste, damit ihre Bewaffnung und Ausrüstung überhaupt noch finanzierbar wäre, möglichst nichts tun – also tatenlos in den Kasernen humsitzen. Eine absurde Vorstellung!

Miliz viel günstiger

In der Milizarmee wird grundsätzlich jeder junge Mann (und jede sich freiwillig meldende Frau) gründlich ausgebildet. Aber möglichst kein Wehrmann wird ständig unter Waffen gehalten. Die Einsatzfähigkeit sichert ein System raschen Aufgebots bei sich abzeichnender Gefahr – oder bei einem Katastrophenfall.

So stellt sich die Frage: Wenn die Schweiz die Miliz abschafft – wer übernimmt dann die Verteidigung des Landes? Etwa die NATO? Dafür wäre der Preis hoch!

Weil die Schweiz in diesem Fall ihre Rumpf-Profitruppe von vielleicht gut 30 000 Mann ebenfalls der NATO zur Verfügung zu stellen hätte. Die Verantwortung für die Sicherheit des Landes würde unseren Händen entgleiten.

Das Kalkül der GSoA

Wir hätten eine «Rambo»-Armee, die man in der Schweiz kaum mehr sehen würde.

Klar, dass eine solche Armee den Rückhalt in der Bevölkerung verlieren würde. Genau das beabsichtigt die GSoA: Via «Rambo»-Armee zur Abschaffung der Armee – so lautet ihre Strategie.

Wohl etwa in einem Jahr hat die Schweiz über diese GSoA-Strategie abzustimmen. Eine Strategie, die unserem Land Eigenständigkeit und auf eigene Interessen ausgerichtete Entscheidungsfreiheit in Sicherheitsfragen entziehen will.

Es scheint ratsam, sich rechtzeitig auf diese Abstimmung vorzubereiten.

Ulrich Schluer («Volltreffer»)